
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 28.05.2020

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:32 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßt als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung bekannt:

Grundstücksangelegenheiten :

- Erwerb des Grundstückes für die Stadt Dessau-Roßlau
- Zustimmung zum Verkauf einer kommunalen Fläche in Dessau-Roßlau
Erteilung einer Belastungsvollmacht

4 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die getroffenen Eilentscheidungen bekannt:

- Dienstberatung 17.03.2020
 - Änderung des Wirtschaftsplanes 2020 des Städtischen Klinikums – Erweiterung des Kreditrahmens
 - Maßnahmebeschluss und Beschaffung eines COVID-SARS-Laborautomaten cobas 6800 von der Firma Roche
 - Erwerb eines Grundstückes
 - Vergabe von Bauleistungen – Stark III – Energetische und Allgemeine Sanierung der Sekundarschule „An der Biethe“, Haus 1
- Dienstberatung 24.03.2020
 - Vergabe von Bauleistungen – „Rohbauarbeiten“ für den Neubau der Kindereinrichtung in der Raguhner Straße
- Dienstberatung 07.04.2020
 - Außerplanmäßige Bereitstellung von 200.000 Euro für die Bewältigung der Covid 19 Pandemie – Anschaffung von Schutzausrüstungen
 - Steuerpolitische Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfung des Coronavirus
 - Aussetzung des Termins zur Zwangsversteigerung eines Grundstückes

5 Einwohnerfragestunde

Bürger 1 informiert darüber, dass man beim Betreten der Bibliothek ein Datenblatt ausfüllen muss und die Hände desinfizieren soll. Die zurückgegebenen Bücher werden zwei Tage in Quarantäne gestellt. In einer Buchhandlung muss man sich nicht desinfizieren und auch kein Datenblatt ausfüllen. Er möchte wissen wieso die Bücher in Quarantäne gestellt werden, obwohl die Coronaviren nur kurz auf Papierprodukten existieren und warum die Daten von Bürgern abgefragt werden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erläutert, dass in öffentlichen Einrichtungen die Aufzeichnungen der Benutzer zur Rückverfolgung dienen. Die Dauer der Bücheraufbewahrung wurde gemäß einer Empfehlung des Bibliotheksverbandes eingeführt.

Bei dem Besuch der Bibliothek wollte ein Sicherheitsbeamter Gebrauch des Hausrechtes machen, weil der Bürger 1 sein Datenblatt dem Sicherheitspersonal nicht geben wollte. **Bürger 1** möchte anregen, dass das Datenblatt bei den Mitarbeitern der Bibliothek abzugeben ist und nicht bei dem Sicherheitspersonal. **Herr Dr. Reck** nimmt die Anregung mit und bittet weiterhin um Verständnis aufgrund der besonderen Situation.

In letzter Zeit gab es für die Ausschüsse ein schriftliches Verfahren. Dazu hatte das Ministerium für Inneres und Sport einen Erlass herausgegeben, um dieses zu regeln. Die Rechte der Bürger wurden aufgrund des Umlaufverfahrens eingeschränkt, da sie nicht mehr an öffentlichen Sitzungen teilnehmen konnten. Daraufhin fragte **Bürger 1** bei der Stadtverwaltung an, ob er diesen Erlass erhalten könne. Diese Anfrage wurde seitens der Stadtverwaltung verneint. Er möchte erfahren, wieso die Stadt den Erlass nicht herausgibt bzw. warum er nicht veröffentlicht wurde.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass seitens des Ministeriums zwei Erlasse herausgebracht wurden. Die Erlasse sollen dem Bürger zugesandt werden.

Eine weitere Anfrage des Bürgers betrifft die Wahlfälschung in einer Stadtratssitzung. In vorherigen Einwohnerfragestunden wurde analysiert, dass diesbezüglich keine Wahlfälschung vorliegt, sondern lediglich ein Fehler unterlaufen ist. **Bürger 1** erläutert, dass es eine Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten sei, bei fehlerhaften Beschlüssen Widerspruch einzulegen. Er möchte das Ergebnis des Widerspruchs erfahren.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass seinerseits kein Widerspruch eingelegt wurde, da keine Wahlfälschung vorliegt. Zu Beginn einer Sitzung wird einmalig die Beschlussfähigkeit festgestellt und dann nur noch auf Antrag. In der besagten Stadtratssitzung wurde kein Antrag gestellt. Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst und ist damit rechtskräftig.

Bürger 1 weist darauf hin, dass die Beschlussfähigkeit nicht der ausschlaggebende Punkt sei, sondern die Abstimmung bzw. die Wahl. Bei einer Wahl können nicht mehr Stimmen abgegeben werden, als die Anzahl der anwesenden Personen. Dies erinnert ihn an das Wahlsystem sowie das Wahlergebnis der DDR.

Herr Oberbürgermeister Kuras empfindet den Vergleich als absurd. In dem vorliegenden Sachverhalt waren genügend Stadträte im Sitzungssaal und es gab ein eindeutiges Ergebnis. Deshalb sieht er keine Veranlassung diese Wahl anzufechten und den Beschluss zu beanstanden.

Bürger 1 legt dar, dass laut der Wahlvorschrift der damaligen Geschäftsordnung eine Zählkommission zuständig gewesen wäre, welche nicht einberufen wurde.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, möchte den aktuellen Sachstand bezüglich der Ausschreibung der Gleichstellungsbeauftragten erfahren.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass eine Ausschreibung stattgefunden hat und Bewerbungen vorliegen, welche zurzeit gesichtet werden.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum Bürgerliste, bittet darum, dass die Ortsbürgermeister wieder einen Zugang zu SessionNet bekommen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** nimmt diese Anregung mit.

Des Weiteren informiert der **Oberbürgermeister** über eine Sitzung, welche demnächst mit den Ortsbürgermeistern einberufen werden soll. Er erläutert, dass die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung neu beschlossen werden müssen. Die Geschäftsordnung soll die einzelnen Richtlinien der Einwohnerfragestunden der Ortschaften und Stadtbezirke beinhalten. In der Hauptsatzung soll lediglich ein einheitlicher Satz hinzugefügt werden. In den Ortschaften und Stadtbezirken müssen nun zwei Regelungen getroffen werden: die Zustimmung zur Änderung der Hauptsatzung sowie die Regelung der Einwohnerfragestunde. Weitere Details sollen bei dem Termin am 05.06.2020 besprochen werden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, möchte den aktuellen Sachstand bezüglich des Schloßplatzes erfahren. **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, berichtet, dass für den Umzug des Depots nur noch auf eine denkmalrechtliche Genehmigung gewartet wird. Bezüglich des Verkaufs an den Investor berichtet er, dass die Verträge soweit ausgehandelt sind und vermutlich bis Anfang nächsten Monats unterschrieben werden können. Die Beräumung des Grundstücks kann nachdem Auszug des Depots erfolgen. Er gibt bekannt, dass alles im Zeitplan liegt.

Die nächste Anfrage von **Herrn Adamek** bezieht sich auf den Interessenten an der Brauerei. Er möchte dazu weitere Informationen erhalten. **Herr Oberbürgermeister Kuras** berichtet von dem Gespräch im letzten Haupt- und Personalausschuss. Der geplante Notartermin ist nicht zustande gekommen, da einer der Liquidatoren nicht zu dem Termin erschienen ist. Seit dem letzten Haupt- und Personalausschuss hat sich nichts an der Sachlage geändert. Hierzu ergänzt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass ein Missverständnis bezüglich der Abstimmung der nötigen Voraussetzungen für den Notartermin vorlag. Diese Missslage wurde zwischen dem Notariat und dem Kaufinteressenten bereinigt.

Herr Schönemann berichtet von dem Antrag auf Moratorium zum Ausreichen von Beitragsbescheiden des Verbandes der deutschen Grundstücksnutzer. Die Stadt

Dessau-Roßlau hat am 02.04.2020 für den Bereich Knarrberg im Zuge der dortigen Infrastrukturerneuerung Bescheide ausgestellt und ausgereicht. Er informiert, dass es bei einem früheren Verfahren (Fichtenbreite) zu erheblichen Verfahrensfehlern kam. Letzten Endes sind die Zahlungen in der Fichtenbreite nicht erfolgt bzw. erst erfolgt und dann zurückerstattet wurden. Herr Schönemann möchte, dass dieser Sachverhalt bezüglich der Zugangsbedingungen noch einmal geprüft wird. Er bittet um eine Prüfung, inwieweit die Endbescheide zum Knarrberg rechtsverbindlich und mit den nötigen Voraussetzungen ausgestattet sind. Des Weiteren informiert er, dass es ansonsten zur einer Klage kommen kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert über den Sachstand der Strategiestelle. Ab 02.06.2020 wird diese Stelle besetzt werden. Bei Gelegenheit wird Herr Kuras die Dame im Ausschuss vorstellen.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, empfindet das momentane Praxisgeschehen im Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere in den Sachbereichen Bürgeramt sowie KfZ- Zulassungsstelle / Führerscheinwesen, als bürgerunfreundlich. Es wurden mehrere Beschwerden an ihn herangetragen, dass telefonische Terminvereinbarungen derzeit unmöglich seien. Er bittet um Überprüfung dieses Systems bzw. dieser Praxis. Des Weiteren möchte er eine Anzahl der Vorgänge von der KfZ-Zulassungsstelle, die in diesem Monat bearbeitet wurden und einen Vergleich zum Vorjahr.

Herr Kellner, Fraktion CDU, stimmt der Problematik von Herrn Ratzmann zu und regt die Thematik der Onlineanmeldung an. In anderen Landkreisen wird dieser Prozess bereits praktiziert. Er bittet um Prüfung, ob eine separate Abhandlung der Angelegenheiten KfZ-Zulassung und Führerscheinwesen durchgeführt werden kann, z. Bsp. durch Einführung eines zweiten Knopfes am Automaten.

Herr Oberbürgermeister Kuras nimmt die Anregungen mit und wird ein Gespräch mit der Amtsleiterin führen.

Herr Kellner berichtet von dem neuen Formblatt, welches täglich bei den Kindertageseinrichtungen abgegeben werden muss. Er möchte wissen, ob eine Vereinfachung durch wöchentliche Formblätter möglich sei.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, informiert, dass der Erlass für die Kindertageseinrichtungen dieses Formblatt vorschreibt. Eine Überprüfung zur Vereinfachung erfolgte bereits. Das Problem bei einem wöchentlichen Formblatt sei die Unübersichtlichkeit bei einer möglichen Nachverfolgung. Deshalb hat sich die Verwaltung für das tägliche Formblatt entschieden.

Herr Deckert, Amtsleiter des Jugendamtes, berichtet, dass laut Datenschutzregelungen Sammel Listen nicht gestattet sind. Der Entwurf des Formblattes wurde an die Stadtteilernvertretung sowie an die KITA-Träger versendet. Bei einem Gespräch mit

der Vorsitzenden der Stadt Elternvertretung wurde die Thematik besprochen und das Formblatt akzeptiert. Aktuell hat der Infektionsschutz Vorrang vor dem Umweltschutz.

Herr Krause informiert darüber, dass der Erlass für den Schulbetrieb morgen eintreffen soll. Demzufolge haben die Schulen und der Schulträger bis zum 02.06.2020 die Möglichkeit eine Regelung zum Schulbetrieb aufzustellen. Angedacht ist, dass die Grundschulen bis zum 15.06.2020 eine Art Einlaufphase durchlaufen sollen. Ab 15.06.2020 wird der regelmäßige Schulbetrieb wieder aufgenommen. Bei den weiterführenden Schulen werden sogenannte A- und B-Modelle entwickelt. Das heißt die Klassen werden auf maximal 14 – 16 Schüler pro Klasse aufgeteilt und versetzt unterrichtet. Bei den Förderschulen hängt es von der Personalplanung ab. Es muss generell geschaut werden, wie viel Förderschullehrer noch zur Verfügung stehen. Bis spätestens zum 08.06.2020 soll der Schülerverkehr voll wiederaufgenommen werden. Des Weiteren erläutert Herr Krause, dass die Schulträger in der Lage sind die Hygienevoraussetzungen zu gewährleisten, aber der Schwimm- und Sportunterricht zunächst erst einmal ausgesetzt wird. Dazu werden weitere Regelungen später entwickelt.

Herr Ratzmann möchte erfahren, ob die Erweiterung des Kreditrahmens des Städtischen Klinikums im Zusammenhang mit der Fusion der Diakonie steht.

Herr Oberbürgermeister verneint diese Anfrage. Er berichtet von einer Verfügung des Bundesministeriums für Gesundheit. Diese Verfügung besagt, dass die Kliniken eine gewisse Anzahl an Reservebetten mit Beatmungstechnik bereitstellen müssen. Das Städtische Klinikum ist diesem nachgekommen und hat ein Großteil der Klinik abgeteilt. Dadurch dass in diesen Bereichen keine Behandlungen stattfinden konnten, sind dem Klinikum Einkünfte entgangen. Um die Aufgabenerfüllung sicherzustellen, wurde der Kreditrahmen erweitert.

Es wurden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Termin Oberbürgermeister-Wahl und Oberbürgermeister-Stichwahl 2021 und Benennung Stadtwahlleiter Vorlage: BV/129/2020/I-07

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

-
- 7.2 Abberufung und Neuberufung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG)
Vorlage: BV/056/2020/I-OB**

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

- 7.3 Abberufung und Neuberufung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat des Medizinischen Versorgungszentrums Dessau (MVZ)
Vorlage: BV/149/2020/I-OB**

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

- 7.4 Abberufung und Neuberufung eines Stadtrates in das Kuratorium Meisterhäuser
Vorlage: BV/150/2020/I-OB**

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

- 7.5 Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern in Ausschüsse
Vorlage: BV/151/2020/I-OB**

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

- 7.6 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/082/2020/I-OB**

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

7.7 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/111/2020/I-OB

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10/00/00

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Kuras**, um 18:32 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 11.06.2020

gez. Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

gez. J. Fuchs
Schriftführer